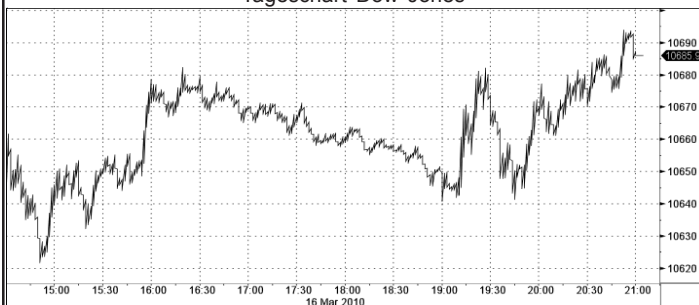


+++ Auch japanischer Radiosender "NHK" berichtet über Gespräche bezüglich Dreierallianz Daimler und Renault-Nissan +++ UniCredit übertrifft in Q4 2009 Marktkonsens beim Nettoergebnis +++

Marktbericht Wall Street

Die Aktienkurse an der Wall Street sind nach dem Zinsentscheid der US-Notenbank fester aus dem Handel gegangen. Die Federal Reserve will an ihrer Nullzinspolitik festhalten. Die Federal Reserve äußerte sich etwas zuversichtlicher zur Konjunktorentwicklung und zur Lage am Arbeitsmarkt in den USA. Unter den Standardwerten im Dow Jones legten Intel um 3,9% auf 22,00 USD zu. Die Papiere des Wettbewerbers AMD gewannen 5,3% auf 9,39 USD. Der höhere Ölpreis verhalf Chevron zu einem Anstieg um 0,6% auf 73,98 USD. Auf der Verliererseite standen Home Depot, die unter den Daten zu den Baubeginnen litten und 0,4% auf 32,55 USD verloren.

Tageschart Dow Jones

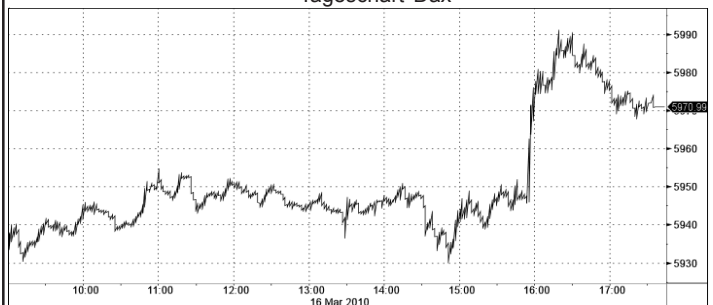


	16.03.	Δ 1T		16.03.	Δ 1T
Dow Jones	10.685,98	+0,41%	S&Ps 500	1.159,46	+0,78%
Nasdaq Comp.	2.378,01	+0,67%	Treasury 10 J.	3,66%	0,01

Marktbericht Frankfurt

Der deutsche Aktienmarkt hat fester geschlossen. Griechenland sorgte für den positiven Impuls. Die Ratingagentur Standard&Poor's (S&P) hat ihre Bonitätsnoten für die griechischen Staatsschulden bestätigt. Das Land wurde zugleich von der Beobachtungsliste gestrichen. Weiterhin ist der ZEW-Index leicht gesunken, konnte damit aber die Erwartungen geringfügig übertreffen. Infineon kletterte um 3,46% auf 4,46 Euro. Das Unternehmen will in Dresden die Kapazitäten ausbauen. E.ON verbilligte sich um 0,20% auf 26,85 Euro. Im MDAX verteuerte sich die Gildemeister-Aktie als Tagessieger um 4,08% auf 11,23 Euro. Bilfinger Berger gab um 1,86% auf 47,40 Euro nach.

Tageschart Dax



	16.03.	Δ 1T		16.03.	Δ 1T
Dax (Xetra)	5.970,99	+1,14%	Bund 10 J	3,13%	-0,01
Dax-Future	5.994,00	+0,37%	Bund-Future	122,86	+0,12%

Konjunktur / Politik

Athen: Eine kurzfristige Herabstufung der Kreditwürdigkeit Griechenlands durch die Ratingagentur Standard and Poor's (S&P) ist nach eigenen Angaben vom Tisch. Demnach bleibe die Bonitätsnote für Griechenland bei BBB+. Der Ausblick für das Rating bleibt negativ. Zuvor hatte S&P dem Land mit einer kurzfristig bevorstehenden Herabstufung des Ratings gedroht („CreditWatch negative“). Die zuletzt getroffenen Maßnahmen der griechischen Regierung zur Verminderung des Defizit seien aber angemessen um das Haushaltsziel für das Jahr 2010 zu erreichen. Die Ratingagentur zeigte sich jedoch skeptisch, ob Griechenland seine Defizitziele auch in

den kommenden Jahren erreichen kann, falls keine zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden. Daher ist der Ausblick für das Kreditrating negativ.

Berlin: Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat den Vorwurf zurückgewiesen, dass die **deutschen Exporterfolge Teil der Ursache für die Probleme einiger europäischer Mitgliedsstaaten** seien. Zuvor hat die französische Amtskollegin Christine Lagarde eine Verringerung der deutschen Exportfähigkeit gefordert.

Für Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble schätzt nach eigenen Angaben die **wirtschaftliche und fiskalpolitische Situation** als außergewöhnlich kritisch ein. Demnach seien Schritte notwendig, um zu nachhaltigem Wachstum und nachhaltiger Stabilität zu gelangen. Am Freitag wer-

den die Abgeordneten in namentlicher Abstimmung über den Haushalt 2010 abstimmen. Der Entwurf sehe für 2010 eine Neuverschuldung von 80,2 Mrd. Euro vor. Auch wenn die Aufnahme neuer Schulden geringer ausfällt als bisher mit 85,8 Mrd. Euro geplant, so ist es dennoch die höchste Neuverschuldung in der Geschichte der Bundesrepublik. Des Weiteren seien 319,5 Mrd. Euro an Ausgaben im Haushalt vorgesehen. Das entspricht einer Steigerung der Ausgaben gegenüber dem Vorjahr um 9,3%. Im bisherigen Entwurf waren Ausgaben von 325,4 Mrd. Euro eingeplant, was einer Steigerung um 11,3% gleichgekommen wäre. Die Investitionssumme soll 28,29 Mrd. Euro umfassen gegenüber zunächst geplanten 28,69 Mrd. Euro. Die Steuereinnahmen werden für 2010 unver-

EuroStoxx 50

TAGESGEWINNER	Δ %	Last
1. Credit Agricole	+3,57%	12,34
2. Siemens	+2,91%	69,67
3. ArcelorMittal	+2,71%	31,29
4. Deutsche Bank	+2,57%	53,90
5. Daimler	+2,34%	34,11

TAGESVERLIERER	Δ %	Last
46. GDF SUEZ	+0,12%	28,14
47. Telecom Italia	+0,00%	1,07
48. Unibail-Rodamco	-0,07%	149,40
49. Münchener Rück	-0,09%	116,15
50. E.ON	-0,20%	26,85

Dax 30

TAGESGEWINNER	Δ %	Last
1. Infineon Technologies	+3,46%	4,46
2. Siemens	+2,91%	69,67
3. Metro	+2,62%	43,07
4. Deutsche Bank	+2,57%	53,90
5. Daimler	+2,34%	34,11

TAGESVERLIERER	Δ %	Last
26. adidas	+0,00%	37,74
27. Merck	-0,03%	60,80
28. Münchener Rück	-0,09%	116,15
29. Fresenius Medical Care	-0,16%	40,11
30. E.ON	-0,20%	26,85

Dow Jones 30

TAGESGEWINNER	Δ %	Last
1. General Electric	+4,51%	18,07
2. Intel	+3,87%	22,00
3. Alcoa	+2,15%	13,80
4. DuPont	+1,30%	35,94
5. Bank of America	+1,07%	17,03

TAGESVERLIERER	Δ %	Last
26. Johnson & Johnson	-0,06%	64,53
27. Hewlett-Packard	-0,13%	52,35
28. Procter & Gamble	-0,27%	63,53
29. Home Depot	-0,43%	32,55
30. Boeing	-0,98%	68,72

Herausgeber: Landesbank Berlin AG - Client Business - Asset Management Research
Alexanderplatz 2 - 10178 Berlin - Fax: +49 - 30 869 66 113

Distribution: Monika Bauersfeld - Monika.Bauersfeld@LBB.de - Tel. +49 - 30 869 66 111

Wichtig: Bitte lesen Sie den Disclaimer am Ende dieses Produkts

ändert mit 211,9 Mrd. Euro veranschlagt. Der Bundestag entscheidet Mitte März abschließend über den Etat. Im Bundeshaushalt 2010 ist keine Risikovorsorge für Griechenland vorgesehen.

Bonn: Die **Bundesnetzagentur** hat sich nach eigenen Angaben in der Frage der **Zusammenarbeit der deutschen Stromübertragungsnetzbetreiber** gegen den Vorschlag der RWE-Netztochter Amprion entschieden. Demnach soll bis spätestens Ende Mai deutschlandweit mit der Einführung eines Netzregelverbunds das so genannte **Kooperationsmodell** umgesetzt werden. Amprion hatte dagegen für das Modell eines zentralen Netzreglers votiert.

Brüssel: Die EU-Kommission wird laut der Nachrichtenagentur Dow Jones von **Großbritannien** heute eine stärkere **Reduzierung des Haushaltsdefizits** verlangen. „Ein glaubwürdiger Zeitplan, um die öffentlichen Finanzen wieder auf ein nachhaltiges Niveau zu bringen, erfordert eine beträchtliche zusätzliche fiskalische Straffung“, heißt es in einem Entwurf des Statements der EU-Kommission, in den die Nachrichtenagentur Einblick hatte. Die britische Regierung will das Haushaltsdefizit von 12,7% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Fiskaljahr 2009/2010 auf 4,7% des BIP im Fiskaljahr 2014/2015 reduzieren. Der Plan beruhe jedoch auf zu optimistischen Prognosen für die Wirtschaftsentwicklung, moniert die EU-Kommission.

Brüssel: Die EU-Finanzminister glauben nach eigenen Angaben, dass die **radika-**

len Sparmaßnahmen in Griechenland ausreichen, um die strikten Vorgaben der EU in 2010 zu erfüllen. Demnach will die griechische Regierung mit Steuererhöhungen und niedrigeren Ausgaben das Staatsdefizit von derzeit knapp 13% des Bruttoinlandsprodukts in 2010 um vier Prozentpunkte senken.

Die Finanzminister der Eurozone haben nach Angaben von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble **keine Entscheidungen für ein Eingreifen der Euroländer zur Unterstützung Griechenlands** getroffen. Demnach sei eine Reaktion nur erforderlich, wenn eine unmittelbare Zahlungsunfähigkeit Griechenlands vorliege. Diese Situation liege derzeit nicht vor.

Brüssel: Die EU-Mitgliedsstaaten dürfen nach Angaben der EU das Reverse-Charge-Verfahren einführen, um organisierten **Umsatzsteuerbetrug beim CO2-Handel** zu bekämpfen. Darauf einigten sich die EU-Finanzminister.

Dubai: Die **Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC)** wird nach Aussage des saudi-arabischen Ölministers Ali Naimi bei der anstehenden Ministerkonferenz ihre **Fördermenge** unverändert lassen. In einem Interview mit der Zeitung „Al Hayat“ sagte der Minister, bei dem Treffen werde es keine Änderung beim Förderniveau geben, „weil alle mit dem Preisniveau und der Stabilität am Ölmarkt zufrieden sind“. Seit Januar 2009 liegt die Obergrenze für die tägliche Förderung der OPEC unverändert bei 24,845 Mio. Barrel.

Frankfurt: Die **Pkw-Nachfrage** hat nach Angaben des **Verbandes der Automobilindustrie (VDA)** im Februar auf den wichtigsten Auslandsmärkten weiter Fahrt aufgenommen. Demnach verzeichneten China, Indien und Japan sowie die USA und Brasilien einen deutlichen Anstieg der Neuwagenverkäufe. In einigen westeuropäischen Ländern wurde die Nachfrage noch durch Nachläufer verschiedener Konjunkturprogramme unterstützt. In Osteuropa entwickelte sich der Absatz jedoch verhalten. Der VDA fügte hinzu, dass in Westeuropa die Zahl der Neuzulassungen einen Zuwachs von 5% verzeichnete. Ohne den deutschen Markt, der im vergangenen Monat um fast 30% gegenüber dem prämienbedingt hohen Vorjahresmonat zurückging, erhöhte sich der Pkw-Absatz in den westeuropäischen Ländern um ein Fünftel. Der US-Markt blieb auf Erholungskurs und verzeichnete mit 13% die fünfte Absatzsteigerung in Folge. In Japan entwickelte sich der Pkw-Markt in den vergangenen Monaten dynamisch. Mit 395.600 neu zugelassenen Fahrzeugen stieg der Absatz im Februar um mehr als ein Fünftel. In China verbuchten die Verkäufe von Pkw im Februar einen Anstieg von über 51%. Seit Beginn des Jahres wuchs der chinesische Pkw-Markt (ohne Minibusse) um 85% auf fast 1,8 Mio. Fahrzeuge. China habe sich damit im bisherigen Jahresverlauf zum größten Absatzmarkt weltweit entwickelt.

Frankfurt: Das Bundesfinanzministerium hat nach Angaben der Bundesbank wie angekündigt für die **Bundesanleihe 2009/2020** mit einem Kupon von 3,25% und einem derzeitigen Volumen von 17 Mrd. Euro einen Aufstockungstender mit einem angestrebten Volumen von 5 Mrd. Euro (inklusive Marktpflege) ausgeschrieben. Die Anleihe wird am 04.01.2020 fällig. Valutierungstag ist der 19.03.2010. Die erste Zinszahlung erfolgt am 04.01.2011 für 417 Tage.

Frankfurt: Die Europäische Zentralbank (EZB) und die Zentralbanken der Eurozone haben nach eigenen Angaben per 15.03. ihre **Käufe von Pfandbriefen** und anderen mit Forderungen besicherten Bankenanleihen fortgesetzt. Das Niveau der Käufe von gedeckten Schuldverschreibungen (Covered Bonds) stieg auf 41,91 (zuvor: 41,54) Mrd. Euro. Die EZB und die Zentralbanken der Eurozone können im Rahmen ihres im Mai angekündigten Programms bis zum 30.06.2010 gedeckte Schuldverschreibungen für insgesamt 60 Mrd. Euro kaufen. Die Ankaufvolumen der einzelnen Eurosystem-Zentralbanken richten sich in etwa nach ihrem Anteil am EZB-Kapital. Danach kann die Deutsche Bundesbank Covered Bonds für knapp 15 Mrd. Euro kaufen. Für die EZB selbst sind 5 Mrd. Euro vorgesehen.

Die **Nutzung der Einlagenfazilität** der Europäischen Zentralbank (EZB) hat nach eigenen Angaben per 15.03. zugenommen. Die Banken deponierten in der mit 0,25% verzinsten Fazilität 172,31 (zuvor: 160,31) Mrd. Euro. Die Ausleihungen aus der mit 1,75%

TAGESVERGLEICH	16.03.	Vortag	Δ abs.	Δ %
Dax	5.970,99	5.903,56	+67,43	+1,14%
Dax-Future	5.994,00	5.972,00	+22,00	+0,37%
MDax	7.930,83	7.851,36	+79,47	+1,01%
TecDax	830,12	827,09	+3,03	+0,37%
SDax	3.809,99	3.798,25	+11,74	+0,31%
Nisax 20	1.944,12	1.915,53	+28,59	+1,49%
EuroStoxx 50	2.905,93	2.870,55	+35,38	+1,23%
Stoxx Europe 50	2.590,34	2.565,30	+25,04	+0,98%
SMI	6.874,43	6.825,10	+49,33	+0,72%
FT 100	5.620,43	5.593,85	+26,58	+0,48%
CAC 40	3.938,95	3.890,91	+48,04	+1,23%
AEX 25	339,26	335,11	+4,15	+1,24%
ATX	2.580,97	2.546,75	+34,22	+1,34%
Dow Jones	10.685,98	10.642,15	+43,83	+0,41%
S&P 500	1.159,46	1.150,51	+8,95	+0,78%
Nasdaq Composite	2.378,01	2.362,21	+15,80	+0,67%
Nikkei-225 *	10.846,98	10.721,71	+125,27	+1,17%
Hang Seng *	21.390,62	21.022,93	+367,69	+1,75%
Bund 10 J.	3,13	3,14	-0,01	-0,41%
Bund-Future	122,86	122,71	+0,15	+0,12%
US Treasury 10 J	3,66	3,65	+0,01	+0,21%
US Treasury 30 J.	4,59	4,59	+0,01	+0,13%
Gold (USD je Feinunze)	1.104,25	1.106,25	-2,00	-0,18%
Rohöl, Brent (USD pro Barrel)	77,86	79,02	-1,16	-1,47%
Euro (in USD)	1,3677	1,3769	-0,0092	-0,67%
USD (in Yen)	90,53	90,56	-0,03	-0,03%

*Aktueller Schlusskurs von Heute

verzinster Spitzenrefinanzierungsfazilität beliefen sich auf 147 (764) Mio. Euro.

Beim **einwöchigen Hauptrefinanzierungsgeschäft** hat die Europäische Zentralbank (EZB) nach eigenen Angaben 79,03 Mrd. Euro zum Festzinssatz von 1,00% zugeteilt. Damit wurden die Gebote von 79 Instituten voll bedient. Die aktualisierte Schätzung der autonomen Faktoren für den Liquiditätsbedarf belief sich auf 343,8 (345,3) Mrd. Euro. Die daraus resultierende Benchmarkzuteilung beträgt -218,0 Mrd. Euro. Das neue Geschäft mit Fälligkeit am 24.03. wird am 17.03. valutiert, an dem ein alter Tender über 78,402 Mrd. Euro ausläuft.

Frankfurt: Die Umsätze im **deutschen Einzelhandel** haben sich nach Angaben der Bundesbank im Januar schwächer entwickelt als zunächst angenommen. Die Umsätze sanken gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt um 0,5% (0,7%; vorläufig: 0,2%; Marktkonsens: 1,0%).

Luxemburg: Der **Inflationsdruck im Euro-Raum** ist nach Angaben von Eurostat im Februar gedämpft geblieben und die Jahresteuersatzrate ging erwartungsgemäß zurück. Demnach stiegen die Verbraucherpreise um 0,9% (Januar: 1,0% Marktkonsens: 0,9%). In der Kernrate (ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) wurde eine Jahresteuersatzrate von 0,8% (Januar: 0,9%) verzeichnet. Damit lag die Inflation in der Eurozone weiterhin deutlich unter der Preisstabilitätsnorm der Europäischen Zentralbank (EZB) von unter 2%.

Mannheim: Die **mittelfristigen Konjunkturerwartungen** von Finanzanalysten und institutionellen Investoren für Deutschland haben sich nach Angaben des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) im März weniger stark eingetrübt als erwartet. Demnach sank der Index der Konjunkturerwartungen auf +44,5 (Februar: +45,1; Marktkonsens: 43,0) Punkte. Es war der sechste Rückgang in Folge. Der Index, der die Einschätzungen zur aktuellen Konjunkturlage abbildet, verbesserte sich auf -51,9 (Februar: -54,8; Marktkonsens: 51,5) Punkte.

Tokio: Die **Bank of Japan (BoJ)** hat ihre **Geldpolitik weiter gelockert** und die Liquiditätshilfe für das Finanzsystem erhöht. Wie der neunköpfige BoJ-Rat im Anschluss

an seine zweitägige Sitzung mitteilte, wird die im Dezember eingerichtete Kreditfazilität um 10 Bill. JPY auf 20 Bill JPY verdoppelt. Die Banken erhalten dabei Refinanzierungstender mit einer Laufzeit von drei Monaten und einem Zinssatz von 0,10%. Allerdings fiel der Beschluss nicht einstimmig: Die BoJ-Ratsmitglieder Miyako Suda und Tadao Noda votierten dagegen. Zugleich beließ die Zentralbank ihren Leitzins unverändert bei 0,10%.

Washington: Der US-Kongress will **China mit der Androhung von Strafzöllen zwingen, seine Währung gegenüber dem Dollar aufzuwerten**. Ein entsprechender überparteilicher Gesetzentwurf wurde gestern im Senat vorgestellt. Er sieht vor, dass eine „Fehlbewertung“ nationaler Währungen vom US-Handelsministerium als Anlass für Strafzölle genommen werden kann.

Washington: Die Federal Reserve hat sich gestern etwas zurückhaltender über die **Konjunktur- und die Lage am Arbeitsmarkt in den USA** geäußert. Das Tempo der Wirtschaftserholung werde jedoch „für einige Zeit moderat“ bleiben, erklärte der Offenmarktausschuss (FOMC) der Federal Reserve. Die Inflation bleibe weiterhin gedämpft. Vor diesem Hintergrund hielt die US-Notenbank an ihrem ultraexpansiven Kurs fest. Den Zielsatz für Tagesgeld ließ das Gremium unverändert in der Spanne von 0,00% bis 0,25%, was den Markterwartungen entsprach. Außerdem bekräftigte der FOMC den Leitzins „für einen ausgedehnten Zeitraum“ auf einem „außergewöhnlich niedrigen Niveau“ zu lassen. Die Entscheidung fiel allerdings nicht einstimmig, der Präsident der Federal Reserve Bank von Kansas City, Thomas Hoenig, votierte gegen den Beschluss. Nach Hoenigs Ansicht ist die Erwartung eines außergewöhnlich niedrigen Leitzinsniveaus über einen längeren Zeitraum nicht mehr gerechtfertigt. Der Diskontsatz wurde bei 0,75% belassen.

Washington: Die **US-Importpreise** sind nach Angaben des US-Arbeitsministeriums im Februar zum ersten Mal seit Juli 2009 gesunken. Ausschlaggebend hierfür war der fallende Öleinfuhrpreis. Demnach fielen die Einfuhrpreise um 0,3% (Januar: 1,3%; Marktkonsens: 0,2%) gegenüber

dem Vormonat. Die Exportpreise verzeichneten einen Rückgang um 0,5% (Januar: 0,7%).

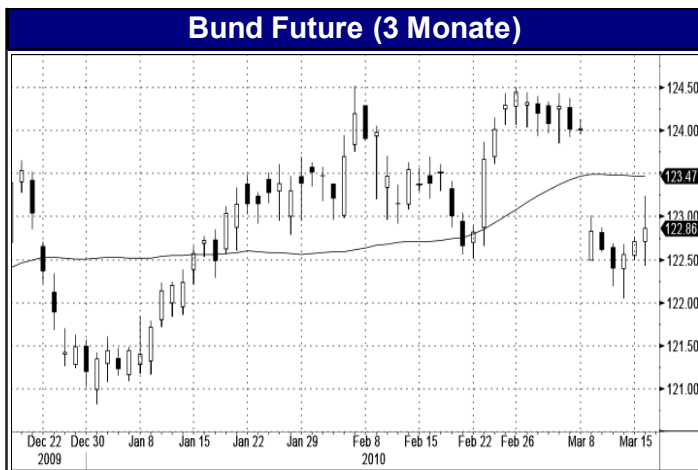
Washington: Die **Zahl der Baubeginne in den USA** ist nach Angaben des US-Handelsministeriums im Februar stärker als erwartet gesunken, während die Baugenehmigungen nur leicht zurückgingen. Demnach verringerten sich die Baubeginne im Vergleich zum Vormonat um 5,9% (Marktkonsens: 4,7%) auf annualisiert 575.000. Ausschlaggebend hierfür waren die widrigen Witterungsbedingungen in Teilen der USA. Schwere Schneestürme haben die Bauaktivität im Osten und Süden der USA behindert. Die **US-Baugenehmigungen** sanken im Februar um 1,6% auf 612.000 (Januar: 622.000; Marktkonsens: 601.000).

Wiesbaden: Der Rückgang der **deutschen Exporte** hat sich nach Angaben des Statistischen Bundesamts (Destatis) in Q4 2009 gegenüber dem Vorjahreszeitraum verlangsamt. Demnach sanken die deutschen Ausfuhren um 6,4% (preisbereinigt: -2,7%) auf 216,7 Mrd. Euro. Im Gesamtjahr 2009 fielen die Exporte um 17,9% (preisbereinigt: -16,4%) auf 808,2 Mrd. Euro. Die Ausfuhren in die EU-Mitgliedsstaaten nahmen um 7,7% auf 132,1 Mrd. Euro ab. Die Exporte in die Länder außerhalb der Europäischen Union (Drittstaaten) gingen um 4,3% auf 84,6 Mrd. Euro zurück. Destatis fügte hinzu, dass die deutschen Einfuhren im Jahresdurchschnitt 2009 um 16,4% (preisbereinigt: -10,1%) auf 674,0 Mrd. Euro fielen. In Q4 2009 gingen die Einfuhren um 12,6% (preisbereinigt: -4,4%) auf 172,6 Mrd. Euro zurück.

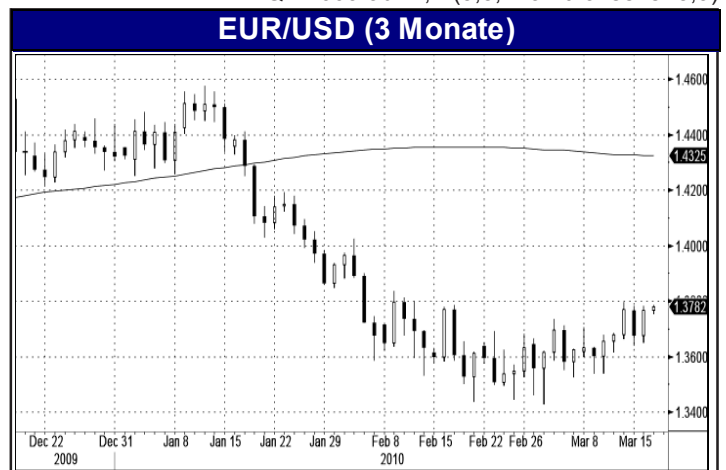
EuroStoxx 50

ArcelorMittal: Der Konzern hat mit dem türkischen Partner Dayen eine Absichtserklärung zur Gründung eines Joint Ventures im Nordirak unterzeichnet. Das Investitionsvolumen in das Stahlwerk wird auf 100 Mio. bis 130 Mio. USD beziffert. Beide Unternehmen werden jeweils 50% an dem Joint Venture halten.

UniCredit: Der Zinsüberschuss sank in Q4 2009 auf 4,1 (5,3; Marktkonsens: 3,9)



Quelle: Bloomberg (Chart mit 200-Tage-Linie)



Quelle: Bloomberg (Chart mit 200-Tage-Linie)

Mrd. Euro. Der Provisionsüberschuss lag bei 2,1 (2,1; Marktkonsens: 2,1) Mrd. Euro. Die Risikovorsorge wurde auf 2,1 (1,3; Marktkonsens: 1,1) Mrd. Euro erhöht. Die Einnahmen stiegen auf 6,4 (6,1) Mrd. Euro. Das Nettoergebnis ging auf 371 (505; Marktkonsens: 40) Mio. Euro. Im Gesamtjahr 2009 bezifferte sich der Nettogewinn auf 1,7 (4,0; Marktkonsens: 1,4) Mrd. Euro. Für 2009 will UniCredit eine Dividende von 0,03 (0,00; Marktkonsens: 0,026) Euro je Aktie ausschütten. Die Bank verkauft 2,84% der Anteile bzw. 44,2 Mio. Aktie der Generali zu 18 Euro je Stück.

Der Konflikt um einen Reorganisationsplan der Bank hat sich nach Angaben von vertrauten Kreisen wieder erledigt. Demnach hätten sich Mitglieder des Strategiausschusses mit CEO Alessandro Profumo auf Details des Plans geeinigt. Zuvor hatten informierte Personen gesagt, dass Profumo wegen eines Dissens über den Plan mit seinem Rücktritt gedroht habe. Die nun erzielte Vereinbarung zwischen dem Manager und wichtigen Aktionären der UniCredit wurde nach einer Intervention von Seiten des Chairman Dieter Rampl erreicht. Eine Gruppe von Finanzstiftungen, die zusammen rund 11,5% an der Mailänder Bank halten, waren gegen den Reorganisationsplan für das Italiengeschäft der Bank.

Dax

adidas: Der Sportartikelhersteller will nach eigenen Angaben von der prognostizierten wirtschaftlichen Erholung in 2011 profitieren und erwartet eine Steigerung von Konzernumsatz und -ergebnis. Demnach wird eine zunehmende Dynamik erwartet. In 2010 soll der Umsatz währungsbereinigt im prozentual niedrigen bis mittleren einstelligen Bereich steigen. Ein Nettoergebnis von 400 Mio. bis 450 Mio. Euro soll dabei erzielt werden. Fast zur Hälfte sollen die Investitionen in den Ausbau der eigenen Verkaufsflächen fließen, überwiegend in Schwellenländer. Deren Anteil am Konzernumsatz soll mittelfristig auf 35% bis 40% steigen. Das Geld für die Investitionen will das Unternehmen aus dem Cashflow nehmen. Überschüssige Mittel sollen zum Abbau der Verschuldung eingesetzt werden. Zum Jahresende erwartet adidas eine niedrigere Verschuldung. Das Unternehmen hat nach eigenen Angaben seinen Vorständen in 2009 deutlich mehr gezahlt als im Vorjahr. Demnach stieg die Gesamtvergütung auf 10,5 (8,4) Mio. Euro. Vorstandschef Herbert Hainer verdiente knapp 4,2 Mio. Euro. Gestiegen ist vor allem die variable Komponente der Manager mit langfristiger Anreizwirkung.

BASF: CEO Jürgen Hambrecht sieht nach eigenen Angaben im schwachen Euro keinen Vorteil für die exportstarke deutsche Wirtschaft. Demnach warne er davor, den schwachen Euro als Vorteil für die deutsche Industrie zu sehen. Ein stabiler Euro sei für die Wirtschaft enorm wichtig,

um besser planen und kalkulieren zu können. Die Lohnstückkosten seien in der Krise gestiegen. In den USA und in Asien sind sie gefallen. Hambrecht fügte hinzu, dass die notwendigen Reformen nicht verschoben werden dürften.

Daimler: Die Hinweise auf eine Überkreuzbeteiligung der Automobilkonzerne Renault und Daimler verdichten sich. Am Mittwoch berichtete auch der öffentlich-rechtliche japanische Rundfunksender „NHK“, zusammen mit Nissan hätten beide Konzerne Gespräche über eine umfassende Dreierallianz gestartet. Erwogen werde auch eine wechselseitige Kapitalbeteiligung zwischen Renault-Nissan und Daimler, berichtet der Sender unter Berufung auf mit der Situation vertraute Personen. Am Dienstag hatte auch die „Financial Times“ von derartigen Überlegungen berichtet.

Deutsche Bank: Die Bank stellt sich nach Angaben von CEO Josef Ackermann auf verschärfte Regeln für die Finanzbranche ein und will ihre Kapitalbasis weiter stärken. Demnach dürfte die Bankenbranche 2010 und 2011 langsam zu einer gewissen Normalität zurückkehren. Jedoch werde sich das aufsichtsrechtliche Umfeld mit neuen Marktstrukturen grundlegend verändern. Die Bank hat ihre Prognosen bestätigt und erwartet im Kerngeschäft bis 2011 weiterhin ein Ergebnis vor Steuern von 10 Mrd. Euro. Dies würde einer Eigenkapitalrendite vor Steuern von 25% über diesen Zeitraum entsprechen. Treiber soll weiterhin das Investmentbanking sein. Das Unternehmen will sich auf die Kerngeschäftsfelder im Private Clients and Asset Management (PCAM) sowie den Ausbau der Position im Heimatmarkt konzentrieren. Die führende Position in Deutschland soll mit Hilfe der Postbank umgesetzt werden, an der die Bank nach Marktkapitalisierung bereits 29,9% hält. Die Zusammenarbeit habe die Erwartungen übertroffen. Ackermann fügte hinzu, dass die Bank ihre Position in Asien auch durch Zukäufe ausbauen will. Länder wie China seien im Vergleich zu Europa und den USA besser durch die Finanzkrise gekommen und sind wegen der hohen Bevölkerungszahl sowie des steigenden Wohlstands ein attraktiver Wachstumsmarkt für hiesige Banken.

Die Bank ist nach eigenen Angaben mehrheitlich im Besitz von Ausländern. Demnach stockten institutionelle Anleger in den USA in 2009 ihre Bestände auf. In Deutschland nutzten Privatanleger vor allem zu Jahresbeginn den vergleichsweise niedrigen Aktienkurs zum Einstieg. 54% (45%) der Anteile an der Bank wurden Ende 2009 im Ausland gehalten, der Inlandsanteil lag bei 46% (55%). Zu den Großaktionären zählen unter anderen AXA, Credit Suisse und Black Rock.

Deutsche Post: Das Unternehmen zeigt sich nach eigenen Angaben verhalten optimistisch. Unter der Voraussetzung, dass die Weltwirtschaft sich weiter erholt, sollte sich die für 2010 erwartete positive Ergebnisentwicklung auch 2011 tenden-

ziell fortsetzen. Das EBIT vor Einmaleffekten soll 2010 auf 1,6 Mrd. bis 1,9 (2009: 1,47) Mrd. Euro steigen. Dazu sollte der Unternehmensbereich Brief zwischen 1,0 Mrd. und 1,2 Mrd. Euro beitragen, die DHL-Unternehmensbereiche 1,0 Mrd. bis 1,1 Mrd. Euro. Im Unternehmensbereich Brief sollten 2011 die eingeleiteten Kostenmaßnahmen das EBIT stabilisieren, auch wenn die Briefmengen substitutionsbedingt weiter sinken dürften. In den DHL-Unternehmensbereichen erwartet die Post, dass sich das EBIT in 2011 bei einer fortgesetzten Erholung der Sendungsmengen weiter verbessert. Des Weiteren erhöhte sich die Vergütung der aktiven Post-Vorstandsmitglieder in 2009. Diese belief sich auf insgesamt 14,92 (11,89) Mio. Euro.

Deutsche Telekom: Das Unternehmen werde nach eigenen Angaben künftig noch stärker mit Internetunternehmen zusammenarbeiten müssen. Demnach werde die Einführung von Internettechnologie die bisherigen Geschäftsmodelle langfristig ablösen. Die Vermarktung von Internetdienstleistungen im Mobilfunk stehe noch am Anfang.

E.ON: Das Bundesverwaltungsgericht (BVG) hat nach eigenen Angaben im Streit um das E.ON-Kraftwerkprojekt in Datteln ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Münster für rechtskräftig erklärt. Demnach seien die Beschwerden des Energiekonzerns und der Stadt Datteln gegen den Spruch des OVG zurückgewiesen worden. Zuvor hatte das OVG den Bebauungsplan für das Kraftwerk aufgehoben. Als Grund wurde unter anderem angeführt, dass die Stadt Vorgaben zum Naturschutz und zum Schutz der Bevölkerung nicht ausreichend beachtet habe. Die Planung für das Kraftwerk sieht die Inbetriebnahme für 2011 vor.

Das Unternehmen hat nach Angaben der Liegenschaftsverwaltung (Crown Estate) neben anderen Energiekonzernen grünes Licht für die Entwicklung von Wellen- und Gezeitenkraftwerken vor der schottischen Küste erhalten. Insgesamt handelt es sich um zehn Projekte mit einer Kapazität von 50 Megawatt bis 200 Megawatt. Bis 2020 sollen so insgesamt 1,2 Gigawatt zur Verfügung stehen. Damit könnten rund 750.000 Haushalte versorgt werden. Die Höhe der Gesamtinvestition beträgt 3 Mrd. GBP.

Linde: Der Konzern rechnet für das Geschäftsjahr 2010 wieder mit einer Steigerung von Umsatz und operativem Konzernergebnis. In der Gasedivision erwartet der Konzern ebenfalls einen Umsatz- und Ergebnisanstieg. Beim operativen Ergebnis soll hier das Rekordniveau aus dem Jahr 2008 übertroffen werden. Für die Engineering-Division sieht Linde den Umsatz mindestens auf Vorjahreshöhe. Bei der operativen Marge bleibt der Wert von 8% unverändert die Zielgröße.

Lufthansa: Die Tochter Eurowings will ihr Geschäft nach eigenen Angaben auf den Standort Düsseldorf konzentrieren. Ausschlaggebend seien Bemühungen um mehr Effizienz im Rahmen des aktuellen

Sparkurses. Demnach sollen die Standorte Dortmund, Münster/Osnabrück, Paderborn, Köln, Nürnberg, Berlin, Hannover, Frankfurt, Stuttgart und München abgegeben werden.

Metro: Konzernchef Eckhard Cordes will die Holdinggesellschaft mit dem größten Tochterunternehmen, Metro Cash & Carry, verschmelzen. Mit dem Umbau wird sofort begonnen und er soll bis zum Juni abgeschlossen werden. Die Neustrukturierung des Gesamtkonzerns hat unmittelbare Auswirkungen auf die übrigen Konzern-töchter. Laut „Handelsblatt“ wird für die Warenhaustochter Kaufhof wieder ein Käufer gesucht. Es gebe Gespräche mit Investoren. Die 75-Prozent-Beteiligung an der Fachmarktholding Media-Saturn soll künftig der Metro Group unterstellt werden. Eine Vorentscheidung könnte der Konzernumbau auch für die SB-Warenhaustochter Real bedeuten. Macht Cordes sein Ultimatum wahr, wird Real der Zeitung zufolge noch dieses Jahr zum Verkauf gestellt. Branchenexperten bezweifeln aber, dass sich in absehbarer Zeit ein Käufer für Großflächenbetreiber finden wird.

RWE: Der Energieversorger baut laut „FTD“ sein Führungsmodell um. Vorstandschef Jürgen Großmann kündigte im Gespräch mit der Zeitung eine deutliche Straffung der Struktur an der Konzernspitze an. „Wir sind jetzt dabei, die Rolle der Holding neu zu definieren“, so Großmann. „Wenn wir unsere Flexibilität erhalten wollen, müssen wir an die Kosten ran. Die Zahl der Beschäftigten in der Konzernzentrale werden wir um etwa die Hälfte verringern“, sagte er. Derzeit arbeiten rund 840 Mitarbeiter in der Holding. Auf Details des geplanten Umbaus wollte sich Großmann nicht festlegen. Offenbar zählt eine gesellschaftsrechtlich untermauerte Bündelung des Deutschlandgeschäfts zu den Optionen, verlautete aus Aktionärskreisen.

Siemens: Konzernchef Peter Löscher bereitet laut „Handelsblatt“ die IT-Sparte SIS mit harten Einschnitten auf einen möglichen Verkauf vor. Nachdem 2009 weit fortgeschrittene Verkaufsverhandlungen mit der Deutschen Telekom gescheitert sind, will Siemens den sich seit Jahren in der Krise befindlichen Bereich nun in Eigenregie sanieren. Der Zeitung zufolge sieht das Restrukturierungskonzept einen Stellenabbau im vierstelligen Bereich vor. Die Kosten für den Umbau bewegen sich in einem mittleren dreistelligen Millionen-Euro-Bereich. Den Arbeitnehmern werden die Pläne morgen auf einer außerordentlichen Sitzung des Wirtschaftsausschusses vorgestellt. In den vergangenen zwei Jahren sank der Umsatz von SIS kontinuierlich von 5,4 auf zuletzt 4,7 Mrd. Euro.

Roger Radke wird nach eigenen Angaben neuer CEO der Hörergerätesparte Audiologische Technik. Das Unternehmen verspricht sich von dieser Besetzung eine Stärkung des globalen Geschäfts mit Hörsystemen.

Siemens erwartet nach eigenen Angaben im weltweiten Wassergeschäft in den kom-

menden Jahren ein nachhaltiges Wachstum. Demnach werde das Marktvolumen für Wasser- und Abwasseraufbereitung bis zum Jahr 2015 global um durchschnittlich 5% pro Jahr zulegen. Das Unternehmen peile ein doppelt so starkes Wachstum in diesem Bereich an. Das Unternehmen fügte hinzu, dass der Wachstumstreiber der erhöhte Bedarf an Trinkwasser für die zunehmende Weltbevölkerung und Defizite bei der Abwasseraufbereitung im Zuge der fortschreitenden Urbanisierung seien. Impulse für dieses Geschäft werden vor allem aus Asien und Lateinamerika erwartet.

Volkswagen: Der neue Großaktionär Katar soll nach Angaben eines Sprechers der niedersächsischen Staatskanzlei einen zweiten Sitz im Aufsichtsrat erhalten.

Die Tochter Scania wird nach eigenen Angaben ihre Produktion erhöhen und im April in Schweden zur Fünf-Tage-Woche zurückkehren. Demnach sei die Produktionssteigerung wegen der hohen Nachfrage in Brasilien sowie der leichten Erholung in Europa erforderlich. Da vorrangig die Komponentenfertigung für Südamerika erhöht werde, werde in bestimmten Unternehmensteilen in Europa die Vier-Tage-Woche in Q2 2010 beibehalten.

MDax

Bauer: Der Tiefbauspezialist spürt trotz weltweiter Konjunkturprogramme noch keine Geschäftsbelebung. „Bei uns erholt sich die Sache noch nicht“, sagte Konzernchef Thomas Bauer am Rande einer Managementkonferenz der Nachrichtenagentur Reuters. In diesem Jahr laufe das Geschäft bislang etwa auf dem Niveau vom Jahresende weiter. Bauer bekräftigte das Ziel, 2010 Umsatz und Gewinn stabil zu halten. 2011 werde es für den Konzern dann wieder „ein bisschen aufwärts“ gehen.

Lanxess: Der Umsatz fiel im Geschäftsjahr 2009 auf 5,06 (6,58; Marktkonsens: 5,09) Mrd. Euro. Das EBITDA vor Sonder-einflüssen ging auf 465 (722; Marktkonsens: 445) Mio. Euro zurück. Für 2009 will das Unternehmen eine Dividende von 0,50 (2008: 0,50; Marktkonsens: 0,42) Euro je Aktie ausschütten. Für 2010 strebt Lanxess Kosteneinsparungen von 140 (2009: 170) Mio. Euro an. Das Unternehmen hatte nach eigenen Angaben einen guten Start in das Jahr 2010. Für 2011 erwartet Lanxess die Fortsetzung des positiven Ergebnistrends.

TecDax

freenet: Der Mobilfunkanbieter wird nach Angaben von CEO Christoph Vilanek im Kerngeschäft mit Mobilfunk und mobilem Internet ein EBITDA in 2010 zwischen 350 und 380 Mio. Euro erwirtschaften. Demnach könne sich zum Beispiel das Wachstum im mobilen Internet positiv auswirken

oder weitere Synergien aus der Debitel-Übernahme. Negativ schlugen hingegen hohe Kosten für Smartphones und Investitionen in neue Geschäftsfelder durch. Das Unternehmen stellt seinen Aktionären für 2010 eine höhere Dividende von 0,80 bis 1,00 Euro in Aussicht.

SolarWorld: Das Unternehmen will nach eigenen Angaben trotz eines Gewinnbruchs in 2009 die Dividende erhöhen. Demnach schlugen Vorstand und Aufsichtsrat der Hauptversammlung im Mai die Ausschüttung von 0,16 (0,15) Euro je Aktie vor.

Deutsche Nebenwerte

Air Berlin: Die Fluggesellschaft bestellt nach Angaben von CFO Ulf Hüttmeyer weniger Maschinen des Typs Boeing 787 als ursprünglich vereinbart und nimmt 9 Flugzeuge des Typs Boeing 737 erst später ab. Demnach habe man sich mit Boeing geeinigt, den Auftrag für das Modell Boeing 787 auf 15 feste Bestellungen von 25 zu reduzieren. Des Weiteren sei die Zahl der Optionen für die Boeing 787 auf 5 von 10 reduziert worden. Die ersten Auslieferungen der Maschine an Air Berlin sollen im November 2015 stattfinden. Das gesamte Orderbuch sei nun deutlich an die operativen Verhältnisse bei Air Berlin angepasst worden.

Cognis: Der Spezialchemiekonzern bereitet laut „FTD“ offiziell seinen Börsengang vor. Die Aktionäre Permira und Goldman Sachs Capital Partners haben kürzlich Berater mit der Vorbereitung beauftragt, erfuh die Zeitung aus Finanzkreisen. Das Listing sollen Cognis langjährige Investmentbanken JP Morgan und Goldman Sachs begleiten. Unter Investmentbankern heißt es allerdings, dass ein Verkauf an einen strategischen Erwerber wie BASF oder Lanxess wahrscheinlich sei. „Das kommt derzeit öffentlich vor, dass Finanzinvestoren ein Unternehmen offiziell listen wollen, im Prinzip damit aber vor allem ein Signal an Interessenten senden, dass sie verkaufsbereit sind“, so ein Banker. Eine Cognis-Sprecherin sagte auf Anfrage der Zeitung nur: „Unsere Investoren schließen keine Option aus“.

Kabel Deutschland: Der Börsengang des Kabelnetzbetreibers hat laut „Handelsblatt“ unter Berufung auf Kreise bereits drei Tage vor Ende der Zeichnungsfrist genug Investoren gefunden. Die Aktienofferte sei bereits am Dienstagmorgen ausgeschöpft gewesen, sagten mit der Transaktion vertraute Personen. Auch die Mehrzuteilungsoption sei bereits vergeben. Kabel Deutschland will am 22.03. an die Börse gehen und inklusive Mehrzuteilungsoption bis zu 880 Mio. Euro einnehmen.

KUKA: Der Umsatz sank um 28,7% auf 902 Mio. (1,27 Mrd.) Euro. Das Nettoergebnis belief sich auf -75,8 (+30,6) Mio. Euro. Der Auftragseingang sank um fast ein Drittel auf 903 Mio. (1,28 Mrd.) Euro. Das Unternehmen hatte bereits im vergangenen Jahr

ein Sparprogramm aufgelegt und Stellen abgebaut. In 2010 will sollen die Kosten weiter gesenkt werden.

REpower Systems: Der Aufsichtsrat hat nach eigenen Angaben in seiner Sitzung die Bestellung von Andreas Nauen zum Mitglied und Vorsitzenden des Vorstands beschlossen. Damit löst er Per Hornung Pedersen ab. Die Amtszeit von Andreas Nauen beträgt 3 Jahre ab dem 01.10.2010 und verlängert sich automatisch um weitere 2 Jahre, sofern der Aufsichtsrat nicht bis 30.04.2013 eine abweichende Entscheidung trifft.

Restliches Europa

Barclays: Die Bank plante nach Angaben der „Financial Times“ vor dem Zusammenbruch von Lehman Brothers eine Übernahme der UBS. Bei einem Board-Meeting im Juli 2008 sei die UBS als bevorzugtes Übernahmeziel identifiziert worden. Nur wenige Wochen später erwarb Barclays nach der Insolvenz von Lehman Brothers große Teile des US-Geschäfts der US-Investmentbank.

Lindt & Sprüngli: Der Umsatz sank im Geschäftsjahr 2009 auf 2,53 (2,57) Mrd. CHF. Das EBITDA fiel auf 382,1 (460,5) Mio. CHF. Das EBIT belief sich auf 264,8 (361,2) Mio. CHF. Das Nettoergebnis sank auf 193,1 (261,5) Mio. CHF. Die Dividende für 2009 steigt um 11,1% auf 400 CHF je Namensaktie bzw. 40 CHF je Partizipationsschein. Für 2010 rechnet das Unternehmen mit einem Umsatzanstieg um 5% bis 7% und einem operativen Ergebnis zwischen 300 Mio. und 340 Mio. CHF. Der Umsatz soll 2011 um 6% bis 8% und das EBIT um 8% bis 10% steigen.

Novartis: Der Pharmakonzern hat nach eigenen Angaben bei dem Herz-Kreislauf-Medikament „Aliskiren“ einen Rückschlag erlitten. Demnach zeigte sich in der so genannten Aspire-Studie der Einsatz des Arzneimittels zusätzlich zur Standardtherapie für Infarktpatienten nicht den erhofften statistischen Effekt, nachteilige Veränderungen der linken Herzkammer zu beschränken. Das Unternehmen fügte hinzu, dass Aspire eine von 14 Studien des 35.000 Patienten umfassenden klinischen Testprogramms „Aspire Higher“ sei. Mit dem Testprogramm wolle man prüfen, ob sich Aliskiren außer für Bluthochdruck auch für die Behandlung weiterer Krankheiten eignet.

Oce: Der Widerstand gegen die Übernahme des niederländischen Drucker- und Kopiererherstellers durch den japanischen Technologiekonzern Canon lässt nach. Oce-Anteilseigner Hermes Focus Asset Management teilte mit, seine Anteilsscheine verkaufen zu wollen. Hermes hält 3,3% der Anteile an Oce.

Royal Bank of Scotland: Die Bank stemmt sich gegen die anhaltenden Gerüchte, sie könnte sich vom deutschen Markt zurückziehen. „Wir werden langfristig hier bleiben“, sagte Ingrid Hengster, Chefin der

Region Deutschland, Österreich, Schweiz sowie Zentral- und Osteuropa. Die Bank wolle hier mittelfristig zu den fünf wichtigsten Geldhäusern aufsteigen. 2009 konnte die RBS im deutschen Markt nach eigenen Angaben ihre Erlöse „im deutlich zweistelligen Prozentbereich“ steigern. Hengster geht davon aus, dass die Bank im laufenden Jahr weiterhin auf Wachstumskurs bleiben wird.

Royal Dutch Shell: Der Ölkonzern will nach Angaben von CEO Peter Voser seine Dividendenpolitik ändern. Demnach sollen die Aktionäre künftig wählen können, ob sie eine Bar-Ausschüttung haben wollen oder stattdessen zusätzliche Aktien. Die Hauptversammlung muss diese Pläne noch absegnen. Damit will Voser größere finanzielle Spielräume für das Unternehmen schaffen. Für Q1 2010 kündigte er eine Dividende von unverändert 0,42 USD je Aktie an. Der CEO kündigte des Weiteren ein Sparprogramm an. Weltweit will das Unternehmen die Raffineriekapazitäten um 15% senken und 35% der Tankstellen schließen. In 2010 sollen durch ein Sparprogramm die Kosten um 1 Mrd. USD gesenkt werden. Des Weiteren sollen 2.000 Stellen gestrichen werden.

Der Ölkonzern erwartet in den nächsten drei Jahren einen deutlichen Anstieg des Cashflows. Demnach sollen die Öl- und Gasförderung sowie die Vorkommen dank neuer Projekte steigen. Des Weiteren werden hohe Ölpreise erwartet. Durch die Inbetriebnahme neuer Projekte werde der Cashflow aus der Geschäftstätigkeit bis 2012 im Vergleich zu 2009 um etwa 50% steigen. Das Unternehmen geht von einem Ölpreis von 60 USD je Barrel aus. Sollte der Ölpreis bei 80 USD je Barrel liegen, könne der Anstieg auch 80% betragen.

Swiss Life: Die Tochter AWD hat laut „FTD“ im abgelaufenen Geschäftsjahr 2009 einen deutlichen Verlust verzeichnet. Der Zeitung zufolge wird AWD bei der Mutter Swiss Life einen EBIT-Verlust von 92 Mio. CHF abliefern (2008: -41 Mio. CHF).

Swiss Re: Natur- und Man-made-Katastrophen haben laut der neuen Sigma-Studie des Schweizer Rückversicherers im Jahr 2009 über 15.000 Todesopfer gefordert und die Versicherungsindustrie rund 26 Mrd. USD gekostet. Dabei belaufe sich der weltweite wirtschaftliche Gesamtschaden durch Natur- und Man-made-Katastrophen im Jahr 2009 auf 62 Mrd. USD. Damit lagen die Versicherungsschäden dank der ruhigen Hurrikansaison in den USA unter dem langjährigen Durchschnitt, so der Schweizer Konzern. Im Vergleich zu früheren Jahren sei 2009 ein schadenarmes Jahr gewesen. Swiss Re zählt insgesamt 133 Naturkatastrophen und 155 Man-made-Katastrophen. Sechs Ereignisse führten zu Versicherungsschäden von jeweils mehr als 1 Mrd. USD. „Die Wahrscheinlichkeit, dass Naturkatastrophenschäden so niedrig wie im Jahr 2009 ausfallen, liegt bei weniger als 35%. In 2010 haben wir mit dem Wintersturm Xynthia in Europa oder den Erdbeben in Chile und Haiti bereits grosse Natur-

katastrophen gesehen. Die Branche ist daher gut beraten, sich für die Zukunft für weitaus höhere Schäden zu wappnen“, so Thomas Hess, Chefökonom bei Swiss Re. Bei Erdbeben sieht Dr. Brian Rogers, Mitverfasser der Sigma-Studie, vor allem für Industrie- und Entwicklungsländer eine große Gefahr.

USA

Ford Motor: Nach Angaben von Konzernchef Alan Mulally kann der Autobauer von der Krise Toyotas profitieren. Den genauen Umfang nannte er nicht, allerdings erwähnte er, dass 30% der neuen Kunden von asiatischen Marken käme. In dem Interview mit der „Financial Times“ sagte er zudem, dass Ford seinen Konkurrenten mehr und mehr Marktanteile abnehme.

Hewlett-Packard: Nach massiven Klagen seiner chinesischen Kunden über Qualitätsmängel hat sich das Unternehmen nach eigenen Angaben öffentlich entschuldigt. Demnach bot der Konzern kostenlose Reparaturen und eine Verlängerung der Garantie an. Auch eine mögliche Entschädigung für bereits entstandene Transport- oder Reparaturkosten wurde in Aussicht gestellt. Zuvor hatten etwa 170 Kunden in China wegen der Defekte ihrer Notebooks eine Beschwerde bei den Behörden eingereicht. Beklagt wurde, dass die Bildschirme ausfielen oder die Grafikkarte überhitzte.

Termine heute

Unternehmen Inland		
Adva	Roadshow Paris	o.Z.
Amadeus Fire	DVFA Frankfurt	10:00
A.S. Création Tapeten	GB 2009 Gummersbach	o.Z.
Bayer	Investorentag Leverkusen	o.Z.
BMW	Q4 München B(PK) München	10:00 11:00
Deutsche Beteiligungs-AG	Q1 Frankfurt	08:30
Deutsche Telekom	Investorentag 2010 (bis 18.03.) Bonn	o.Z.
Drägerwerk	B(PK) Hamburg Conference Call	09:30 16:00
Dürr	B(PK) Stuttgart	09:30
Graphit Kropfmühl	Q4 Hauzenberg	o.Z.
IVU Traffic AG	GB 2009 Berlin	o.Z.
Lanxess	Q4 Leverkusen B(PK) Düsseldorf	07:30 11:00
Linde	Q4 München B(PK) München	08:00 10:00
Lufthansa	B(PK) von Lufthansa Technik Hamburg	10:45
Mühlbauer	GB 2009 Roding	o.Z.
Porsche	Q2 Stuttgart	o.Z.
Unternehmen Ausland		
Enel	Q4	o.Z.
Generali Group	Q4	18:00
Hewlett-Packard	HV	22:00
Mayr-Melnhof	Q4	08:00
Nike	Q3	22:15
Rofin Sinar	HV	10:00
UniCredit	Conference Call	09:30
Vestas Wind Systems	HV	o.Z.

Termine heute

Konjunktur/Politik		
AT/OPEC, 156. Ministertreffen	Wien	o.Z.
DE/Destatis, Baugenehmigungen 2009	Wiesbaden	08:00
DE/Euroforum, 15. Handelsblatt-Jahrestagung „Privat- kundengeschäft“ (bis 18.03.)	Mainz	09:30
DE/RWI, Konjunkturprognose	Essen	11:00
DE/Finanzagentur, Zuteilung der Aufstockung zehnjährige Bundesanleihe über 5 Mrd. Euro	Frankfurt	11:00
DE/DSGV, B(PK)	Frankfurt	11:00
DE/Center for Financial Studies, CFS Colloquium „Wieder- aufbau der Finanzmärkte“, Rede von Ackermann (Deutsche Bank) zum Thema: „Mehr Stabilität für die globalen Finanzmärkte - die Sicht der Banken“	Frankfurt	17:30
DE/Frankfurt School of Finance & Management, Vortrag von Schulte (Vorstandschef Fraport) zum Thema: „Frankfurt Airport - vom Luftverkehrsdrehkreuz zum zentralen Hub in der Globalisierung“	Frankfurt	18:30
EU/Eurostat, Arbeitskosten Eurozone 4. Quartal (f.: 2,8%; l.: 3,2%)	Luxemburg	11:00
EU/Eurostat, Bauleistungen Eurozone Januar (l.: -3,1%)	Luxemburg	11:00
GB/BoE, Protokoll der Sitzung des geldpolitischen Rats vom 03./04.03.	London	10:30
JP/BoJ, Zinsentscheidung (f.: 0,10%; l.: 0,10%)	Tokio	o.Z.
US/MBA, Zahl der Hypothekenanträge (Woche) (l.: 0,5%)	Washington	12:00
US/Erzeugerpreise Februar (f.: 5,1%; l.: 4,6%)	Washington	13:30
US/Erzeugerpreise ohne Nahrung und Energie Februar (f.: 1,0%; l.: 1,0%)	Washington	13:30
US/DoE, Rohöllagerbestände (Woche) (l.: 343,0 Mrd. Barrel)	Washington	15:30

Abkürzungen

(B)PK = (Bilanz)Pressekonferenz,
Q = Quartal, (ao.) HV = (außerordentliche)
Hauptversammlung, Vm = Vormonat,
Vq = Vorquartal, Vj = Vorjahr, o.Z. = ohne
Zeit, f = forecast (Bloomberg Konsens),
l = last, gg = gegen
Alle Zeitangaben MEZ.

Haftungserklärung:

Die in dieser Mitteilung enthaltenen Informationen beruhen auf öffentlich zugänglichen Quellen, die wir für zuverlässig halten. Eine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben können wir nicht übernehmen. Diese Mitteilung ist nicht dazu bestimmt, unmittelbar als Grundlage für Entscheidungen von wirtschaftlicher Bedeutung zu dienen und ersetzt insbesondere keine Beratung im Einzelfall. Jegliche Form der Weitergabe dieser Mitteilung ist nicht gestattet.